

Fragen der SEEBRÜCKE an die Bundestagswahlkandidat*innen zu Flucht, Asyl und Aufnahme:

1. Flucht nach Europa - Menschenrechtsverletzungen an Europas Grenzen

*Seit 1993 sind mehr als 44.000 Menschen auf der Flucht nach und in Europa gestorben. Das Mittelmeer bleibt die tödlichste Fluchtroute der Welt. Es gibt kein europäisches Seenotrettungsprogramm. Zivile Seenotretter*innen werden für ihren Einsatz von europäischen Regierungen kriminalisiert und an Einsätzen gehindert. Immer mehr Schutzsuchende werden kriminalisiert und verurteilt, weil sie nach Europa geflohen sind.*

1.1 Seit Jahren bestehen Lager an Europas Grenzen, in denen Schutzsuchende unter katastrophalen Bedingungen leben müssen. Hintergrund ist das gescheiterte Dublin-System, nach dem allein die Staaten für die Asylverfahren zuständig sind, in denen die Geflüchteten zuerst angekommen sind. Treten Sie für das Ende des ungerechten Dublin-System ein? Werden Sie sich für die vollständige Schließung dieser Lager einsetzen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

1.2 Immer wieder werden Menschen von EU-Staaten direkt an der Flucht nach Europa gehindert. EU-Staaten missachten dabei das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf faire Asylverfahren. Werden Sie für den sicheren und ungehinderten Zugang zum Recht auf Asyl in Europa eintreten? Werden Sie sich für ein Ende der völkerrechtswidrigen Pushbacks an Europas Grenzen engagieren?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

1.3 Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex ist für schwere Menschenrechtsverletzungen wie illegale Pushbacks an den EU-Außengrenzen verantwortlich. Frontex wird von deutschen Beamt*innen personell unterstützt. Im Rahmen der EUNAFOR MED Operation unterstützt Deutschland darüber hinaus die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache. Diese verhindert unter dem Deckmantel der Schleuserbekämpfung die Flucht von Menschen nach Europa und zwingt Flüchtende zurück in libysche Folterla-

ger. Sind Sie für ein Ende der deutschen Beteiligung an Frontex- und EUNAFOR MED-Einsätzen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

1.4 Werden Sie sich für eine flächendeckende europäisch-koordinierte und – finanzierte Seenotrettungsmission für das Mittelmeer einsetzen? Sind Sie dafür, dass zivile Seenotretter*innen ungehindert Rettungsmissionen durchführen können?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

1.5 Über 250 Kommunen in Deutschland haben sich zu Sicheren Häfen erklärt und ihre Bereitschaft bekundet, zusätzlich zur Aufnahmequote Geflüchteten aufzunehmen. In verschiedenen Bundesländern wurden Landesaufnahmeprogramme beschlossen. Trotzdem blockiert das Innenministerium immer wieder dieses Engagement. Werden sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in der nächsten Legislaturperiode in deutlich größerem Umfang als bisher geflüchtete Menschen über Aufnahmeprogramme aufnimmt? Unterstützen Sie die die Forderung, dass Bundesländer und Kommunen eigenständig – also ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums – zusätzlich Geflüchtete aufnehmen können?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

2. Schutz von Geflüchteten in Deutschland

Tausende Familien werden auf der Flucht auseinandergerissen. In etlichen Fällen kommen Familienmitglieder zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen europäischen Ländern in Europa an, in vielen anderen Fällen sind die Fluchtrouten für Familienmitglieder versperrt oder lebensgefährlich. Diese Politik zwingt gerade die Schwächsten auf gefährliche Fluchtrouten. Der Familiennachzug wurde in den letzten Legislaturperioden stark eingeschränkt.

- 2.1** Immer wieder blockieren und erschweren Behörden den Nachzug von Familienmitgliedern zu ihren Angehörigen, die längst in Deutschland leben. Die Verfahren ziehen sich über Monate, manchmal auch über Jahre. Werden Sie sich für den Abbau bürokratischer Hürden und die Vereinfachung der Verfahren beim Familiennachzug einsetzen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

- 2.2** Der Familiennachzug wird subsidiär Schutzberechtigten verwehrt. Gleichzeitig dürfen seit 2018 nur noch 1.000 Menschen monatlich durch einen Familiennachzug nach Deutschland kommen. Angehörige müssen in unsicheren Herkunftsstaaten ausharren und der Schutz und die Rechte von Familien werden blockiert. Werden Sie sich für das Recht auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte einsetzen? Sind Sie für den Nachzug von Geschwistern im Rahmen des Familiennachzuges?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

»Die Würde des Menschen ist unantastbar.«, heißt es im Grundgesetz. Und doch missachten Regierungen und Behörden vielfach den Schutz der Menschenwürde, wenn es um geflüchtete Menschen geht.

- 2.3** Mit unzähligen Gesetzen wurde das Asyl- und Aufenthaltsrecht in den letzten Jahren immer weiter verschärft und die Rechte von Geflüchteten immer stärker eingeschränkt. Können Sie versprechen, dass Sie gegen jede weitere Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechtes stimmen werden?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

- 2.4** Die erleichterte Abschiebung von Personen aus sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten", diskriminierende Wohnsitzauflagen, Kürzungen im Asylbewerberleistungsgesetz, die Ausweitung von Abschiebehaft und die Schlechterstellung der Duldung - das sind nur einige Beispiele für die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Werden Sie sich für die Rücknahme der unzähligen Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes seit Herbst 2015 einsetzen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

- 2.5** Seit Jahren wird immer wieder ein eigenständiges Ministerium für Zuwanderung und Integration gefordert, um Fragen der Zuwanderung und des Zusammenlebens nicht länger aus der Perspektive der inneren Sicherheit zu betrachten. Sind Sie für ein eigenes Ministerium für Fragen von Asyl- und Aufenthaltsrecht und damit der Herauslösung des BAMFs aus dem Innenministerium?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

- 2.6** Seit 2018 werden ankommende Geflüchtete in verschiedenen Bundesländern in "Anker-Zentren" bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag untergebracht. In diesen riesigen und faktisch geschlossenen Einrichtungen haben Ankommende keinen Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung. Ziel der Anker-Zentren ist die Isolation und einfachere Rückführung von Asylsuchenden. In vielen Bundesländern bestehen ähnliche Konzepte der Isolation von Ankommenden in Erstaufnahmeeinrichtungen. Werden Sie für die Abschaffung von Anker-Zentren und ähnlichen geschlossenen Erstaufnahmeeinrichtungen einstehen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

2.7 In Deutschland lebende Geflüchtete werden durch Wohnsitzauflagen und Residenzpflichten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sind sie für die Abschaffung aller Wohnsitzauflagen und Residenzpflichten, damit Geflüchtete selbstbestimmt in eigenen Wohnungen leben können?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

2.8 Das Asylbewerberleistungsgesetz schränkt den Zugang zu Sozialleistungen und medizinische Versorgung für Geflüchtete stark ein. Werden Sie sich für die Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes einsetzen?

Ja

Nein

Unentschlossen

Begründung

Zur Seebrücke:

Wir sind eine politische Bewegung, getragen vorwiegend von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft. Mit Demonstrationen und Protestaktionen auf dem Land und in der Stadt streiten wir mit unseren zahlreichen Lokalgruppen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik – kurz: Weg von der Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen!

Nähere Informationen unter: seebruecke.org

Nähere Informationen zur Lokalgruppe: